



Finanz und Wirtschaft, 12. Oktober 2011

Stopp der Umverteilung

Was alle wissen, aber kaum jemand wahrnimmt: Der Sozialstaat in seiner heutigen Form ist auf Dauer nicht finanzierbar. Leider stehen im Wahlkampf andere Themen im Vordergrund.

Von Robert Nef

Es gibt immer wieder liberale Stimmen in der Politik, die darauf aufmerksam machen, dass der aktuelle Sozialstaat zum Fass ohne Boden wird. Was die Sozialstaatskritiker beschäftigt, nämlich das Versagen des Staates als dauerhaft befriedigende Umverteilungsmechanik, ist schon ziemlich alt. Bessere Lösungen sind vorhanden und auch schon beschrieben worden. Aber sie scheinen noch wenig erprobt, und beliebt ist das Thema ohnehin nicht. Umverteilung bleibt populär.

Eine brauchbare Strategie, wie man in Demokratien vom kritisierten sozialdemokratischen Ist-Zustand zum skizzierten liberalen Soll-Zustand gelangt, ist bisher noch nicht detailliert genug entwickelt und klar genug beschrieben worden. Beeindruckend ist und bleibt die vor fast zwanzig Jahren in Neuseeland durch den Ex-Labour-Politiker Roger Douglas angepackte Reform, die er in seinem Buch mit dem Titel «Unfinished Business» beschrieben hat. Sonst gibt es ausser Schlagworten und Kassandrarufern wenig Handfestes.

Träger Mehrheiten

Die Kritiker des Sozialstaates haben noch nicht alle Hausaufgaben gemacht. Sie wissen zwar, dass der real existierende Sozialstaat A untauglich ist und sie wissen auch, dass eine liberale Zivilgesellschaft B besser wäre, aber es gibt keine demokratietaugliche Transformationsstrategie, wie man in der Schweiz und in Europa realistischerweise und innert nützlicher Frist von A nach B gelangt.

Der «geordnete Rückzug» ist die anspruchsvollste strategische Operation. Trotz der gegenwärtigen Dramatik in der weltweiten Schuldenkrise, die unter vielen Liberalen eine Art Endzeithoffnung auslöst, sind in nächster Zeit keine grossen Umwälzungen zu erwarten – auch kein plötzlicher Zusammenbruch der Europäischen Union, des Euro, der USA und des US-Dollars.

Die bestehenden Institutionen werden trotz erheblicher Mängel von Mehrheiten oder Pseudomehrheiten breit abgestützt mitgetragen und bleiben ziemlich robust. Das Motto lautet einmal mehr: Durchwursteln. Man kann noch ziemlich lange an der Steuerschraube drehen, Geld drucken und neue Schulden machen, und selbst ein einzelner Staatsbankrott wäre höchstens ein Einschnitt, aber noch kein Ende des Transferstaates. Das Schreckbild einer Transferunion EU ist nur halb so dramatisch, da

ja auch die Nationalstaaten intern munter immer mehr transferieren und immer weniger investieren.

Der Glaube an den Staat als Problemlöser Nummer Eins mag langfristig blind sein, er ist jedenfalls ziemlich stark, weit verbreitet und historisch-empirisch – zum Leidwesen aller Liberalen – ziemlich gut abgestützt. Meinungsbildende und -stützende Mehrheiten profitieren im Staat und am Staat – alles in allem – mehr als sie unter ihm leiden. Der interventionistische Etatismus im Umverteilungsstaat wird generell toleriert, und die Parteien unterscheiden sich nur durch das Ausmass, das einerseits gefordert und andererseits toleriert wird. Es herrscht in der politischen Landschaft wenig Aufbruchstimmung. Mehr sozialdemokratischer Spätherbst als liberaler Frühling. Man will im maroden Sozialstaat noch ernten, was zu ernten ist und möglichst viel einkellern.

«Mehr vom gleichen» ist immer noch populärer als Umkehr und Neubeginn. Die als «Abzocker» etikettierten Superreichen betrachten die Hochbesteuerung als «Prämie für den sozialen Frieden» und zahlen den teuren «Ablass», um auf erträglichem Niveau in Ruhe gelassen zu werden und um den (oft gar nicht so schäbigen) Rest mit halbwegs gutem Gewissen geniessen zu können. Auch wenn mehr als die Hälfte der Einkünfte an den Fiskus geht, bleibt immer noch genug für einen gehobenen Konsum.

Was unter dieser massiven fiskalischen Abschöpfung des wirtschaftlichen Erfolgs leidet, ist jene Investition in Risiken, die Innovationen vorantreiben und den technischen Fortschritt, von dem alle profitieren, beschleunigen würden. Keine noch so gut dotierte staatliche Forschung kann diese Risiko-Investitionen ersetzen. Das Gemeinwohl ist also auf die Dauer durch die umverteilungsbedingte Hochbesteuerung und Staatsverschuldung mehr gefährdet als das Privatwohl.

Der Kapitalismus ist aber derart produktiv, dass er leider sehr viel sozialistische Zwangsumverteilung verkraften kann. Das langfristige Denken ist nicht nur unter den Politikern unbeliebt. Eine relativ hohe «Prämie» für sozialen Frieden durch staatliche Umverteilung bringt den Hochbesteuerten wenigstens «Frieden für unsere Zeit».

Der unendlich geduldige Mittelstand bezahlt letztlich die Zeche. Es gibt dort wenig Anzeichen des Widerstands, schon eher eine Zunahme jener sozialdemokratisch-proletarischen Mentalität des gezielten Mehr-Forderns nach dem Motto «Auch wir Mittelständler wollen etwas mehr vom Staat».

Die junge Generation ist derart systemabhängig beziehungsweise sozialstaatsverwöhnt, dass sie die Gründe für viele Einschränkungen der Erwerbsfreiheit und der Lebensgestaltung und für den oft schwierigen Übergang vom Bildungssystem ins Beschäftigungssystem am falschen Ort sucht. Eine Mehrheit kommt kaum auf die Idee, weniger Staat zu wünschen oder gar zu fordern. Man hat sie im Ghetto der staatlichen Bildungsinstitutionen und an der finanziellen Nabelschnur der Familie allzu lange von den eins-zu-eins-Lernprozessen einer marktwirtschaftlichen Ökonomie ferngehalten.

Kein Wunder, dass bei vielen Jungen ein besser ausgebauter jugend- und familienfreundlicherer Sozialstaat populär ist. Mehr Förderung, mehr subventionierte Angebote sind generell beliebter als das Verlangen nach Entlastung und Deregulierung beim lebenslänglichen Zwangssparen. Die bei zunehmender Verschuldung immer einschneidender werdende Umverteilung von jung zu alt wird politisch noch kaum thematisiert.

Kollektives Verdrängen

Ehrlicher Weise müssen die Sozialstaatskritiker zugeben, dass weniger Staat die erwähnten Probleme der nächsten Generation nicht subito löst, sondern zunächst höchst unbequeme neue Probleme und Herausforderungen schafft. Diese sind aber auf lange Sicht besser zu lösen, und sie sind deshalb dem gegenwärtigen, nicht nachhaltig finanzierbaren sozialstaatlichen Misch- und Misssystem überlegen. Dies glaubhaft zu machen und allgemeinverständlich zu kommunizieren wäre die vornehmste Aufgabe liberaler Politik.

Aber wer kümmert sich in der Politik schon um das Langfristige? In einem Wahljahr werden unangenehme Wahrheiten ohnehin – von links bis rechts – kollektiv noch mehr verdrängt als sonst. Immerhin gibt es auch Lichtblicke. Es gibt einige Anzeichen für eine zunehmende Auflehnung gegen die steigende Belastung der jungen Erwerbstätigen im Bevormundungs- und Verschuldungsstaat.

Robert Nef ist Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.